

Einzelfall - Gerechtigkeit als Opfer der Evaluierung

West-Sorgen über drastische Verbitterung vieler Ost-Wissenschaftler

„Die Hochschullandschaft in den neuen Bundesländern ist geradezu von einem Evaluierungsfieber befallen, das den Blick auf die drohenden Gefahren der nächsten Monate für alle deutschen Hochschulen verblende. Die Unerschlossenheit, sich zuerst den Abwicklungs- und Widertummachungsfallen zu widmen, und die offensichtlich bewußt schlechte Behandlung aller Wissenschaftler in den neuen Ländern wird nicht zum erhofften Gesundungsprozess sondern zu schwerwiegenden Folgen – nicht zuletzt zu Lasten der westdeutschen Hochschulen – führen“, erklärte der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes, der Völkerrechtler Schiedermaier, in Bonn.

Bei allem Verständnis für die schwierige Situation der immer noch im Aufbau begriffenen Wissenschaftsministerien in den neuen Ländern sei es nicht hinnehmbar, daß die von der Abwicklung betroffenen Hochschullehrer bislang nicht auf ihre persönliche Integrität und fachliche Qualifikation überprüft worden seien. Es sei völlig widersinnig, sich – wie im Freistaat Sachsen – wochenlang über das bestmögliche Evaluierungsverfahren zu streiten, während fachlich und persönlich qualifizierte Wissenschaftler am Ende der Warteschleife zum 30. Juni oder 30. September der Universität verloren gingen. Ähnliches gelte für Wiedertummachungsfälle, denen allen Erstes von den Ministerien die Empfehlung auf den Weg gegeben werden, sie könnten sich demnächst auch bewerben. In keinem

der neuen Bundesländer gäbe es einen vernünftigen Prioritätenkatalog für das Evaluierungsverfahren, bemängelte Schiedermaier.

Es besteht die große Gefahr, daß gerade diejenigen, die wir dringend in den Hochschulen halten müssen, diese schon lange verlassen haben, wenn sie zur Evaluierung anstehen. Eine schematische Evaluierung nach dem Alphabet ist weder hochschulpolitisch klug noch rechtsstaatlich geboten. Es wird dringend Zeit, Zeichen zu setzen, um die „Richtigen“ zu ermutigen und den sich wieder formierenden „alten Sellschafte“ den Mut zur Beharrung zu nehmen. „Wenn dies nicht sehr rasch gelingt, wird der Exodus der Wissenschaftler aus den Hochschulen der neuen Länder anhalten und die Studenten werden daraus ihre Konsequenzen ziehen. Der Damm wird brechen, vielleicht schon zum Wintersemester“, befürchtet Schiedermaier.

Besorgniserregend, zum Teil empörend, sei die schlechte Behandlung der ostdeutschen Hochschullehrer. Während für alle anderen Berufsgruppen schrittweise eine Annäherung an westdeutsche Verhältnisse weitestgehend erreicht sei, würde von den Hochschullehrern in mehrfacher Hinsicht ein „Sonderopfer“ abverlangt. Dazu sei im Einzelnen zu zählen:

1. Es fehle an einer Verbindung von fachlicher/persönlicher Evaluierung und Verbeamtung. Alle Prüfungsverfahren hätten lediglich vorbereitenden und

empfehlenden Charakter. Offensichtlich spiele die Exekutive auf Zeit und überlässe die Kernarbeit weitgehend dem hoffnungslos überforderten Universität. Wer aber die Evaluierungsmühlen unbeanstandet überstanden habe, müsse damit rechnen, „auf Gnadenbrot im Angestelltenverhältnis“ gesetzt zu werden, bis die Kündigung mangels Bedarf ausgesprochen werde. Viele Hochschullehrer fühlten sich nur noch als „nützliche Idioten“. Derart systematisch entmutigte Hochschullehrer sollten andererseits aber im Hörsaal besonderes Engagement zeigen und die Erneuerung des Geistes personell glaubwürdig vertreten.

2. Es fehle an der landesgesetzlich einzurichtenden Möglichkeit, auch nach dem 50. Lebensjahr verbeamtet zu werden. Gerade die für eine solche Verbeamtung nach dem Lebensalter in Betracht kommende Personengruppe sei zum großen Teil vor der dritten Hochschulreform der DDR berufen worden, als Parteimitgliedschaft und Parteifreundlichkeit noch nicht Bedingung einer Berufung waren.

3. Die 60 %-Regelung des BAT-Ost sei für die Hochschullehrer allenfalls eine 50 %-Regelung, da die Hochschullehrer nicht 60 % der C-Besoldung, sondern nur 60 % der BAT-Besoldung erhielten, so daß die ordentlichen Professoren 60 % des Gehaltes eines Oberassistenten in Westdeutschland bezögen. Diese Rückstufung werde noch forciert, wenn die bisher im Dienst der DDR ab-

solvierten Zeiten nicht anerkannt werden, so daß bei der Einstufung die Hälfte aller Diensjahre jenseits des 35. Lebensjahres ersatzlos verloren gingen.

4. Die geplante Einheitsrente für das wissenschaftliche Personal nach der Wende sei ein weiteres Zeichen, wie man das gutwillige und fachlich qualifizierte wissenschaftliche Personal systematisch zurücksetze und benachteilige. Nicht jede Anwartschaft auf eine Zusatzversorgung sei unredlich erworben. Offensichtlich solle die Bevorzugung im sozialistischen Einheitsstaat ausgerechnet unter der Geltung des Grundgesetzes damit bestraft werden, daß die Wissenschaftler auf das Rentenniveau eines Hilfsarbeiters gesetzt würden, erklärte Schiedermaier.

Vor diesem Hintergrund verstehe er – so Schiedermaier – sehr gut die Verbitterung und Enttäuschung vieler Mitglieder des Hochschulverbandes in den neuen Ländern.

Wenn der Staat – gewollt oder ungewollt – diese Enttäuschung weiter organisiere und auch die gutwilligen und nach der Wende zu Recht hoffnungsvollen Wissenschaftler weiter vor den Kopf stoße, blieben die besten Evaluierungsprogramme auf der Strecke. „Politisches Fingerspitzengefühl, nicht die deutsche Gründlichkeit“ sei das Gebot der Stunde, forderte Schiedermaier.

(Presseinformation des Deutschen Hochschulverbandes, 19. Juni 1991)

Am 14. 6. fand die konstituierende Versammlung der Jablonowskischen Gesellschaft statt. Die unter ihrem historischen Namen „Societas Jablonoviana“ von dem polnischen Mäzen und deutschen Reichsfürsten Joseph Alexander Jablonowski im Jahre 1774 an der Universität Leipzig gegründete Preisstiftungsgesellschaft ist wieder eine selbständige Gesellschaft. Seit ihrer Gründung bis zum zweiten Weltkrieg verfolgte sie das Ziel, durch Preisausschreiben in Deutschland und Polen zur polnischen Geschichte, zu Themen aus Naturwissenschaft und Ökonomie Forschungen anzuregen. Sie brachte eine Vielzahl monographischer Publikationen heraus, die heute noch als Standardwerke Geltung besitzen. Der Sitz einer von einem Polen in Deutschland ins Leben gerufenen wissenschaftlichen Gesellschaft war Ausdruck der kosmopolitischen Haltung des polnischen Förderers, der nicht zuletzt durch diese Gründung die sächsisch-

torische Tätigkeit auf Stiftungen, Spenden, Mitgliedsbeiträge und andere Fördermittel angewiesen sein. Diese dürften ihr für gezielte Aufgaben nicht versagt bleiben, um so mehr, da die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen durch den am 17. Juni unterzeichneten deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag festgeschrieben sind.

Als Aufgabe hat sich die Gesellschaft u. a. gestellt, wissenschaftliche Arbeiten anzuregen und zu unterstützen, die sich der Erforschung der deutsch-polnischen Kulturbeziehungen in Vergangenheit und Gegenwart zuwenden, die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Kultur durch Institutionen und Einzelpersonen ideell zu begleiten, die kulturellen Leistungen der Gegenwart sowie das kulturelle Erbe Polens in Deutschland und umgekehrt zu vermitteln.

Die versammelten Mitglieder sowie zahlreiche Gäste und Bewerber um die Mitgliedschaft aus den neuen und alten Bundesländern haben die

Tradition und Verpflichtung in Leipzig:

Societas Jablonoviana e.V.

polnische Union, die mit dem Tod Augustus III. zerfiel, ideell fortsetzte und für beide Staaten ein Beispiel der nachbarlichen Zusammenarbeit gab.

Nach der Unterbrechung ihrer Tätigkeit durch den zweiten Weltkrieg und seine Folgen nahm die Gesellschaft als eine Kommission zur Förderung des Freundschaftsgedankens zwischen Deutschen und Polen 1978 ihre Arbeit in veränderter Form auf und beschränkte sich auf die Geisteswissenschaften. In den vergangenen 13 Jahren war die Gesellschaft eine vom Staat zwar allein materiell gefördert, aber dafür zwangsläufig in seinem Sinne gelenkte Einrichtung der Universität. Nach den stattgefundenen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der Jahre 1989/90 ergeben sich für die altehrwürdige Societas Jablonoviana, deren Tätigkeit ausschließlich auf dem Kapital ihres Stifters beruhte, Einschnitte, die ihre bisherige Arbeitsweise wesentlich verändern werden. Als eine auf freiwilliger Basis zustandekommene Vereinigung von Wissenschaftlern und Förderern aus ganz Deutschland und der Republik Polen, auf den Prinzipien der Gemeinnützigkeit fußend, aber unter dem Patronat des Rektors der Leipziger Universität stehend, will sie Bildung, Kultur und Kunst, vornehmlich auf Deutschland und Polen bezogen, als Mittel der Verständigung zwischen den beiden Völkern einsetzen.

Der Situation Rechnung tragend, wird die Societas Jablonoviana, die als ein „europäisches Institut“ galt, erneut unabhängig. Ihrer Mittel durch die Kriegsfolgen verlastigt gegangen, ist sie auf Förderung von außen angewiesen. Neben den Zuwendungen seitens der Leipziger Universität, die ihr als kooperatives Mitglied beiträgt, wird sie in Zukunft für ihre publika-

Satzung gebilligt und einen erweiterten Vorstand gewählt. Ihm gehören an: Prof. Dr. Marian Biskup aus Torun, Prof. Dr. Antoni Czubinski aus Poznan, Privatdozent Dr. Hans Henning Hahn aus Köln, Dr. Eduard Merian aus Leipzig, Prof. Dr. Heinrich Nickel aus Halle als Stellvertreter der Präses, Prof. Heinrich Olschowsky aus Berlin als Präses, Prof. Dr. Siatkowski aus Warschau.

Zum Auftakt der zukünftigen Tätigkeit veranstaltete die Gesellschaft gemeinsam mit dem Institut für Kultur der Republik Polen und dessen Direktor Eugeniusz Piliszel, eine Konferenz zum Thema „Sachsen und Polen während der Personalunion“, Prominentester Referent war der Präsident der Polnischen Akademie der Wissenschaften, der Historiker Prof. Alexander Gieysztor, der über die erste polnische Fassung vom 3. Mai 1791 sprach, wobei er den Aspekt einer Fortsetzung der sächsisch-polnischen Verbindung durch das Angebot der polnischen Krone an einen weiteren Wettiner, Friedrich August III., in den Vordergrund stellte.

Ein „Strauß“ von unterschiedlichsten Themen (Geschichte, Literatur, Architektur, Theater, Musik, letzteres mitgestaltet von der Chopingesellschaft in Leipzig) veranschaulichte, wie vielseitig die Beziehungen zwischen Deutschland, speziell Sachsen, und Polen einst waren. In ihrer Erforschung und Beschreibung sieht die Societas Jablonoviana ihre vornehmliche und schöne Aufgabe.

Die Gesellschaft ist offen für alle, die ihr Anliegen zu befördern bereit sind.

Dr. MERIAN



Was der Spiegel leider in Wirklichkeit nicht zeigt: BAT-Ost ist für viele ein (wenn auch finanziell ungewollter) Jungbrunnen.



„Transparenz und Geist und Forschung...“ – ein sichtbar klarer Kurs bei der Erneuerung der Wissenschaft in Sachsen.

Es ist schon schwierig, auf der Karriereleiter einer Universität emporzusteigen! Die Wissenschaft und das unabhängige Denken sind das eine! Malgebenden Herren günstig aufzufallen, ihrer Ansicht zuzustimmen, war ebenfalls niemals ein Fehler. Wie naheliegt, daß ein Professor oder auch dieses Titel strebende Lesende den Kollegen oder „Genossen“ nicht nur mit Erfolgsberichten über Weltspitzenforschung, sondern auch über Wettbewerb sowie politische Klarheit und einmütige zustimmende Meinung im Kollektiv oft anzustechen suchte. Der Satiriker Ludwig Thoma (1867-1921) meinte einst: „Die Professor sind lauter Gogel und jeder meint, er hat die schenkeren Fäden.“

Schmeicheleien waren im Zeitalter des Absolutismus, im 17./18. Jahrhundert, im Barock, wohl überhaupt nicht zu umgehen. Da war alles auf die Spitze in der vom absoluten Fürsten gekrönten gesellschaftlichen Pyramide ausgerichtet. Auch die Herren im Vorzimmer waren über ins Kalkül zu ziehen. „Dem Allerdurchlauchtigsten, Großmächtigsten Fürsten und Herren, Herrn Friedrich August/Königs von Pohlen, Groß-Herzoge in Litauen, zu Ruessen ... Herzog zu Sachsen“ und vielen weiteren Titeln und dann „Meinem Allergnädigsten Könige, Churfürsten und Herrn“ sieht dann selbst einem seitengroßen Bild des Erlauchten am Anfang des 3. Bandes des „Großen vollständigen Universal-Lexikon“ von Zedler, Anno 1733. Andere Blinde enthalten die Widmung an andere Fürsten, denn das Lexikon erscheint mit „Hoher Potentaten allergnädigsten Privilegium“. An Niederlagen und Fehlern dieser Herr dürfte da nicht erinnert werden.

Wenn der oberste Herr aufgrund der Widmung sich dann für Wissenschaft interessiert, dann war vielleicht sogar etwas erreicht worden, denn es geht nicht um intellektuellen Widerstand um jeden Preis. Man

mußte lernen als junger, auf Förderung angewiesener Gelehrter, welche „Formalregeln“ ankommen, „paritätlich“ waren – nach späterer Terminologie. Da ist dann der weltberühmte Gelehrte Alexander von Humboldt (1807-1873) in einem Briefe vom 4. Juli 1833 dem jungen Schweizer Naturforscher Louis Agassiz (1807-1873)

17./18. Jh. kaum als Kadaver auf jenen Schiffen nach Europa, auf denen selbst zähe Menschen ihre Probleme hatten. Tyson versuchte das untersuchte Tier in die zu seiner Zeit übliche „Stufenleiter“ der Organismen einzuordnen. Ganz oben stand der Mensch, aber die verschiedenen Rassen oft auf unterschiedlichen Sprossen. Der Europäer sah

hinsichtlich der Abfassung eines Bittgesuches zur finanziellen Förderung seines Werkes über die fossilen Fische: „... Erhabener König“ klingt zu poetisch ... Die Anrede muß sein: „Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König, – allergnädigster König und Herr.“ Dann fangen Sie an: „Euer königlichen Majestät wage ich lebhaftesten Dank für die allergnädigste bewilligte Unterstützung zum Ankauf meiner Sammlung für das Gymnasium in Neuchatel tiefgerührt allenunterthänigst zu Füßen zu legen.“ Sie müssen mit den Worten schließen: „Ich ersterbe in tiefster Ehrfurcht Euer königlichen Majestät allerkürthämigster Getreuester.“

Bitte- und Bewerbungsschreiber von heute können aufhorchen! Für Unbilligkeit soll natürlich nicht plädiert werden. Die Anrede „Genosse!“, so schwer sie dem Parnelosen fiel, war immerhin etwas kürzer.

Schlimmer wurde es, wenn aus Dienstfertigkeit auch die „Wahrheit“ gebogen und verfälscht wurde. Der Engländer Edward Tyson (1650 oder 1651-1708) war einer der ersten Forscher, die einen nach England gebrachten Orang-Utan untersuchen konnten, denn die empfindlichen Tiere kamen im

seiner Berliner Stelle aufgeben.

Die Frage ist natürlich, wann und wofür soll man Mut und Widerstand zeigen? In den schrecklichen Kriegen war sicherlich mancher ein brauchbarer Soldat oder Waffenkonstrukteur. Nach der Niederlage mußte er sich dann fragen, ob hier der Einsatz richtig war.

Aber in den Diktaturen des 20. Jh. gab es gerade in Deutschland oft eine Anbiederung, die ihren Trägern keinen Ruhm bringen konnte. Der 1939 etwa 40jährige Geologe Karl Beurlen, seit 1934 außerordentlicher Professor in Kiel, glaubte es wohl seiner Karriere schuldig zu sein, in den „Schriften der Wissenschaftlichen Akademie des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes der Christian-Albrechts-Universität Kiel“ (Neumünster 1939) einen Artikel „Weltanschauung und Erkenntnistheorie in der modernen Naturwissenschaft“ beizusteuern. Nach Meinung Beurlens war die Naturwissenschaft seit der Renaissance falsch gelaufen. Die Wissenschaft war international geworden, während sie hätte völkisch sein müssen. Das heißt wohl im Klartext: Der deutsche Forscher hätte auf Teufel komm raus etwas anderes sagen müs-

sen als der englische und französische, dann hätte es auch nicht jene wissenschaftlichen Kontakte geben können, die 1939 sowieso zunehmend unterbunden wurden. Indem Beurlen dann Paracelsus wegen seiner Benutzung der deutschen Sprache auf das deutsche oder besser nationalsozialistische Schild erhob, ließ sich die Angelegenheit noch mit historischem Brimborium verzieren. Im schwülstigen und deshalb schwer durchdringbaren Stil heißt es: „Der völkisch nationale Aufbruch des deutschen Volkes, der durch den Nationalsozialismus heraufgeführt worden ist und der den Primat der rassistischen, völkischen Wirklichkeit im gesamten Sein erkannt hatte und damit den Protestantismus des deutschen Menschen gegen dogmatischen Universalismus in seiner vollen Tiefe wieder aufgegriffen hat, sah in der Front seiner Gegner nicht nur den römischen Universalismus, sondern auch zahlreiche angesehene Vertreter der – durch diesen Protestantismus einstems mit heraufgeführten – modernen Naturwissenschaft, die in bemerkenswerter Analogie mit der protestantischen Rompilgerschaft“ das im deutschen Umbruch zum Sieg gekommene völkische Prinzip mit dem gleichen Vorwurf der Wissenschaftsfeindlichkeit belastet, der erstmals gegen den katholischen Dogmatismus erhoben worden ist“ (S. 5). Man versuche den Satz nichtern zu analysieren. Oder wollte man nicht vor seiner „Tiefe“ lieber schweigen, um nicht vielleicht eigene Unbildung zeigen zu müssen? Wirklich nicht manches auch wieder vertraut! In diesem Stil, dem Gemisch unterschiedlicher Aussagen, liegt natürlich die Gefahr, den armen Leser „anzuseufen“ und kritikunfähig zu machen. Dunkler Stil verbirgt viel, auch Groteskes und Unsinn. Man möchte rufen: Geologe, bleib bei Deinen Steinen! Die Berufung Beurlens auf eine ordentliche Professur nach München 1941 blieb übrigens nicht aus!

Auch Walther Schoenichen (1876-1956), seit 1922 durchaus verdienstvoller Leiter der Staatlichen Stelle für Naturdenkmal-

pfege in Berlin, hätte Grund zur Scham gehabt. Wohl um seinen nationalsozialistischen Herren gehen zu sein und Unterstützung zu bekommen, befürte er in der Zeitschrift „Natureschutz“ (Jg. 14, Heft 11) einen Artikel mit der Überschrift: „Das deutsche Volk muß gereinigt werden“ – Und die deutsche Landschaft? Schoenichen billigt darin die Maßnahmen gegen die Juden. Es gäbe schließlich unüberbrückbare grundsätzliche Unterschiede zwischen den „Ariern“ und Nichtariern in Weltanschauung, Sexualität und im Verhältnis zur Natur. Aber auch in der deutschen Landschaft gäbe es viel Undeutsches, das verschwinden solle, so Reklame, Kitsch, fremdstämmige Bauweise, wozu er auch fremdartige Tempelbauten zählte. Nun ist gegen eine reklamefreie Landschaft wohl nichts einzuwenden. Aber kann man auch nur aus pragmatischen Gründen das so wie Schoenichen begünstigen?

Ab wann macht sich der Gelehrte zur Karrikatur?

Bricht wieder einmal der ganze „Laßen“ zusammen, dann ist der Jammer groß. Dann entönd das: „Ich habe nur ... und schließlich das Beste gewollt!“ „Abwicklung“ heißt dann ein Wort zur Lösung der Vergangenheit, das übrigens die Nazis schon bei der Zerstörung der Hochschulen Polens anwandten, wie man in der ausgezeichneten Schrift von Christoph Kleemann: „Die Selbstbehauptung einer Nation. Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939-1945. Düsseldorf 1971“ nachlesen kann. Aber in Polen hatte es glücklicherweise Widerstand gegen die „Vereinbarung“ gegeben! Widerstand sollte aber möglichst gar nicht nötig werden und vor allem der junge Wissenschaftler sollte gar nicht in Versuchung gebracht werden, im Interesse lauter Anbiederung schreiben zu müssen!

Dr. rer. nat. GOTTFRIED ZIRNSTEIN